

GVB-Politiknewsletter
Kurzinformationen für politische Entscheidungsträger
28. März 2018

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem GVB-Politiknewsletter erhalten Sie die Positionen der bayerischen Genossenschaften zu aktuellen politischen Themen.

Themen der Quartalsausgabe:

- 1. Risikoabbau in den europäischen Banken forcieren.**
- 2. Internationale Standards für die Mittelstandsfinanzierung praxisgerecht umsetzen.**
- 3. Regionalbanken endlich von unnötiger Bürokratie entlasten.**
- 4. Den Nutzen von Heimatbanken für den ländlichen Raum erhalten.**
- 5. Tierwohl in der Milchviehhaltung fördern und Strukturbrüche vermeiden.**

1. Risikoabbau in den europäischen Banken forcieren.

Seit inzwischen zweieinhalb Jahren diskutiert Europa über eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung als entscheidenden Schritt zur Vollendung der Bankenunion. Allerdings belastet die Kreditinstitute in Europa ein Berg ausfallgefährdeter Kredite von fast einer Billion Euro. Diese Last ist sehr ungleich verteilt – etwa die Hälfte der Problemkredite liegt in Griechenland, Portugal, Italien und Spanien. Unter diesen Voraussetzungen gliche die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems dem Einstieg in einen Umverteilungsmechanismus unter dem Deckmantel der Solidarität. Deshalb gilt es jetzt, nicht die Teilung von Haftungsrisiken in Europa zu diskutieren, sondern der Frage nachzugehen, wie die vorhandenen Altlasten abgebaut werden können und einem erneuten Aufbau von Risiken vorgebeugt werden kann. Um die Diskussion darüber zu forcieren, hat der GVB ein Sieben-Punkte-Programm erarbeitet mit Handlungsvorschlägen für Risikoabbau und mehr Stabilität bei Europas Banken:

1. Altlasten abbauen: In den Bilanzen europäischer Banken sind über 4 Prozent der Kredite ausfallgefährdet. In den USA, im Vereinigten Königreich und in Japan sind es lediglich ein Prozent. Die Marke von einem Prozent sollte deshalb auch in der Währungsunion erreicht werden. Zudem sollen in keinem Euroland mehr als drei Prozent der Kredite notleidend sein.

2. Probleme auf nationaler Ebene bewältigen: Die überhöhten Risiken in den Bankbilanzen wurden maßgeblich durch Fehlentscheidungen auf nationaler Ebene hervorgerufen. Sie sollten nun auch auf nationaler Ebene bewältigt werden und dürfen nicht in einer EU-Abwicklungsbank vergemeinschaftet werden.
3. Gläubigerhaftung stärken: Um staatliche Rettungsaktionen oder eine Vergemeinschaftung der Abwicklungslasten zu verhindern, sollten Bankgläubiger konsequent an Sanierungen und Abwicklungen beteiligt werden. Für den Krisenfall müssen die Institute, die nicht im regulären Insolvenzverfahren abgewickelt werden können, ausreichend Eigen- und Fremdkapital zur Verlustdeckung vorhalten.
4. Instrumente der Bankenaufsicht entschlossen und zielgerichtet einsetzen: Der Abbau notleidender Kredite ist für Banken schmerzhaft und wird deshalb tendenziell hinausgezögert. Die Bankenaufsicht der Europäischen Zentralbank sollte den Abbau notleidender Kredite daher entschlossen vorantreiben. Keinesfalls dürfen die Aufseher dem politischen Druck zur Aufweichung ihres Kurses nachgeben. Außerdem sollten sie ihre Instrumente zielgerichtet dort einsetzen, wo Banken und Staaten überhöhte Bestände notleidender Kredite aufweisen.
5. Insolvenzrecht verbessern: Das Insolvenzrecht in den Eurostaaten muss harmonisiert werden, ohne Abstriche beim Gläubigerschutz zu machen. Gerät ein Unternehmen in Schwierigkeiten, wird dadurch zügiger eine Sanierung eingeleitet oder der Marktaustritt besiegelt. Auch die Leistungsfähigkeit der Justiz sollte gestärkt werden. Dann können Kreditsicherheiten effizienter verwertet werden, was die Werthaltigkeit der zugrunde liegenden Darlehen erhöht. Dies erleichtert den Abbau fauler Kredite.
6. Wachstum beleben: Um das Wachstum anzukurbeln und Risiken vorzubeugen, müssen die Euroländer Strukturreformen umsetzen. Um die Bemühungen auf nationaler Ebene zu fördern, sollten finanzielle Anreize für Strukturreformen geprüft werden – ohne das EU-Budget auszuweiten.
7. Staatsfinanzierung angemessen regulieren: Die Bevorzugung europäischer Staatsanleihen muss beseitigt werden. Kredite an Euroländer sollten ab dem ersten Euro risikoorientiert mit Eigenkapital unterlegt werden.

2. Internationale Standards für die Mittelstandsfinanzierung praxisgerecht umsetzen.

Die verlässliche Versorgung mit Bankkrediten ist ein wesentliches Erfolgskriterium der mittelständischen Wirtschaft in Bayern und der Bundesrepublik. Für eine angemessene Absicherung der Kreditrisiken sorgen die international vereinbarten Eigenkapitalregeln des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, die in Europa mit der Eigenkapitalverordnung und -richtlinie (CRR/CRD) umgesetzt wurden. Um den Krediterfordernissen mittelständischer Betriebe Rechnung zu tragen, wurde mit dem KMU-Unterstützungsfaktor abweichend von den Baseler Standards die Kapitalunterlegung für Mittelstandskredite bis zu einem Volumen von 1,5 Mio. Euro um etwa ein Viertel gesenkt. Mehrere Studien haben belegt, dass diese Anpassung aus Risikogesichtspunkten gerechtfertigt ist.

Mit der im Dezember 2017 beschlossenen Vollendung von Basel III wurden auch die Regeln für die Eigenkapitalunterlegung von Krediten überarbeitet. Der Baseler Ausschuss erkennt jedoch nicht an, dass Mittelstandskredite besonders risikoarm sind. Deshalb ist der KMU-Unterstützungsfaktor weiterhin kein Bestandteil der internationalen Standards. Sollten diese in Europa 1:1 umgesetzt und der Unterstützungsfaktor damit abgeschafft werden, würde die Mittelstandsfinanzierung deutlich erschwert. Darüber hinaus hat der Baseler Ausschuss die Regeln für kleinteiliges Kreditgeschäft („Mengengeschäft“) verschärft. Bisher mussten Kleinkredite mit einem Volumen unter 1 Mio. Euro mit weniger Eigenkapital unterlegt werden als Millionenkredite. Die Idee dahinter: Durch die Kleinteiligkeit sinkt das Gesamtrisiko des Kreditportfolios. Nun soll der Schwellenwert mit der Größe des Kreditbuchs verknüpft werden – je kleiner die Bank, desto geringer der Schwellenwert. Für die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken würde der Schwellenwert um durchschnittlich 80 Prozent auf 200.000 Euro je Kredit sinken. Für alle größeren Mittelstandskredite würden die Kapitalanforderungen um ein Drittel steigen, was mit einer Verteuerung dieser Kredite einherginge. Zugleich würde ein und derselbe Kredit von großen Banken und kleinen Banken mit unterschiedlich viel Eigenkapital unterlegt. Kleine Regionalbanken würden im Wettbewerb massiv benachteiligt. Im Interesse des Mittelstands muss bei der Umsetzung der neuen Baseler Regeln in Europa am aktuellen Schwellenwert von 1 Mio. Euro festgehalten werden. Ebenso muss der praxiserprobte und empirisch fundierte KMU-Unterstützungsfaktor beibehalten werden.

3. Regionalbanken endlich von unnötiger Bürokratie entlasten.

Bereits seit November 2016 arbeiten die europäischen Gesetzgeber daran, Regionalbanken von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Die Erleichterungen sind dringend erforderlich: Allein aus dem bankaufsichtlichen Meldewesen entstehen den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken jährliche Kosten in Höhe von rund 17 Mio. Euro. Der regulierungsbedingte Aufwand trifft Regionalbanken wie die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken unverhältnismäßig härter als große Banken. Dabei tragen die Maßnahmen gerade im Fall von regional tätigen Banken kaum zu mehr Finanzstabilität bei.

Der zuständige Ausschuss des Europaparlaments diskutiert nun darüber, wie „kleine und nicht komplexe“ Banken entlastet werden können. Zur Identifizierung dieser Institute soll der von der EU-Kommission vorgeschlagene Bilanzsummen-Schwellenwert von 1,5 Mrd. Euro deutlich erhöht werden: Geht es etwa nach dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Markus Ferber, würde ein Schwellenwert von etwa 8,5 Mrd. Euro festgelegt (2,0 Mrd. Euro zuzüglich 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Ergänzend wären jedoch qualitative Kriterien einzuhalten: Unter anderem müssten die Institute über eine stabile Einlagenbasis verfügen, als Kreditgeber eng mit der Realwirtschaft verbunden sein und dürften nur in geringem Maße im Ausland engagiert sein. Dieser Ansatz sollte weiter verfolgt werden.

Abweichend von den Vorschlägen der EU-Kommission wollen einige Abgeordnete kleine, nicht kapitalmarktorientierte Institute vollständig von den Offenlegungspflichten ausnehmen. Auch sind Erleichterungen für kleine Banken bei der Berechnung der strukturellen Liquiditätsquote NSFR im Gespräch. Beides wären aus Sicht des GVB zielführende Schritte hin zu mehr Verhältnismäßigkeit in der Bankenregulierung. Nun gilt es, diese Schritte endlich zu tun. Mit

jedem Tag, den die Entlastung auf sich warten lässt, bremst die Bürokratie die Regionalbanken bei ihrer eigentlichen Aufgabe: Die Versorgung von Mittelstand und Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen.

4. Den Nutzen von Heimatbanken für den ländlichen Raum erhalten.

Die Genossenschaften feiern dieses Jahr den 200. Geburtstag von Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Raiffeisen steht wie kaum eine andere Persönlichkeit für die Verwurzelung von Banken im ländlichen Raum. Bis heute stellen sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken in den Dienst ihrer Heimatregionen – nicht nur als Anbieter von Finanzdienstleistungen, sondern auch als zuverlässige Steuerzahler. Allein die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken überweisen für das Jahr 2017 nach ersten Schätzungen mehr als 400 Mio. Euro an den Fiskus. Davon geht fast die Hälfte als Gewerbesteuern direkt an die Städte und Gemeinden. Das ist eine wichtige Quelle für die Finanzierung der flächendeckenden Daseinsvorsorge durch die Kommunen. Ihre Heimatregion stärken sie zusätzlich, indem sie Arbeitsplätze schaffen. Bayernweit stellen die Kreditgenossenschaften knapp 32.000 qualifizierte Jobs zur Verfügung, davon entfällt eine erhebliche Anzahl auf ländliche Regionen. Das stärkt die Kaufkraft. Darüber hinaus übernehmen die Volksbanken und Raiffeisenbanken gesellschaftliche Verantwortung in Form von finanziellem und tatkräftigem Engagement für soziale Einrichtungen, Sportvereine und Kulturveranstaltungen.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wollen ihre Erfolgsgeschichte als Heimatbanken fortschreiben. Dazu passen sie ihre Vertriebskanäle an die veränderten Kundenbedürfnisse an. Zunehmend mehr Bankkunden wollen neben dem Besuch in einer der weit über 2000 Geschäftsstellen im Freistaat auch digital mit ihrer Bank interagieren. Daher stecken die bayerischen Genossenschaftsbanken pro Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag in den Ausbau ihrer Vertriebswege. Rund ein Viertel der Investitionen entfällt auf digitale Kanäle. So wird die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen im Freistaat auch künftig sichergestellt. Damit die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken weiterhin ihrer zentralen Rolle im regionalen Wirtschaftssystem gerecht werden können, muss die Landespolitik daran arbeiten, den Freistaat auch künftig als Lebensraum und Wirtschaftsstandort attraktiv zu gestalten. Dafür ist zweierlei zu tun: Erstens gilt es, die vorhandenen Stärken, die zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen, zu bewahren. Zweitens muss die Landespolitik Antworten auf aktuelle Herausforderungen finden, um die Grundlage für künftigen Wohlstand zu schaffen. Der GVB hat in zehn Punkten seine Empfehlungen und Erwartungen an die Landespolitik formuliert. ([GVB Positionen zur Landtagswahl](#))

5. Tierwohl in der Milchviehhaltung fördern und Strukturbrüche vermeiden.

Die artgerechte Haltung von Nutztieren rückt zunehmend in den Blick der Verbraucher. In ihrem Koalitionsvertrag haben die Berliner Regierungsparteien vereinbart, dass Deutschland Vorreiter beim Tierwohl werden soll. Gleichwohl stehen in Bayern in der Milchviehhaltung etwa 30 Prozent der Kühe in Anbindeställen – überwiegend in bäuerlichen Kleinbetrieben. Vor

diesem Hintergrund gilt es nun den Spagat zwischen artgerechter Haltung und der Vermeidung von Strukturbrüchen in der Landwirtschaft zu meistern.

Aus Sicht des GVB werden Laufställe den Anforderungen an das Tierwohl und die Arbeitswirtschaft in der Milchviehhaltung besonders gerecht. Mittelfristig wird sich diese Haltungsform daher flächendeckend etablieren. Ausgehend von der ganzjährigen Anbindehaltung sind Zwischenschritte hin zu einer Verbesserung des Tierwohls zu unternehmen – wie etwa die Weidehaltung oder der Einsatz von Laufhöfen. Als Orientierungshilfe für die Kombinationshaltung können das Schweizer RAUS-Programm („Regelmäßiger AUSlauf im Freien“) oder die Leitlinien bei der Umstellung im Ökobereich dienen.

Ziel ist es, die skizzierten Verbesserungen bis zum Ende der nächsten Dekade möglichst weitgehend zu erreichen. Auf dem Weg dorthin sollten Strukturbrüche vermieden werden. Deshalb sind sozioökonomische und bauliche Aspekte zu berücksichtigen. Zudem ist eine Ausnahmeregelung für Kleinbetriebe zu schaffen. Bei der Umsetzung der Maßnahmen ist zunächst auf Freiwilligkeit zu bauen und vorerst auf rechtlich bindende Vorgaben zu verzichten. Der GVB und die ihm angeschlossenen Molkereien sehen es als erforderlich an, die Umstellung von der ganzjährigen Anbindehaltung hin zu einer Laufstall- bzw. Kombinationshaltung bis zum Ende der nächsten Dekade zu unterstützen. Der Freistaat Bayern ist aufgerufen, diesen Prozess mit verbesserten Fördermaßnahmen zu begleiten.

Wussten Sie eigentlich, dass...

- Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken 2017 im Kundengeschäft deutlich gewachsen sind? Ihren Marktanteil im Kreditgeschäft mit Firmenkunden konnten sie um 0,6 Prozentpunkte auf 20,0 Prozent ausbauen.
- Die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine Antwort auf das herausfordernde Niedrigzinsumfeld gefunden haben? Zwar war das Zinsergebnis rückläufig. Dies konnte jedoch durch eine Steigerung des Provisionsergebnisses und Kostensenkungen mehr als ausgeglichen werden. Unter dem Strich konnte das Vorsteuerergebnis um 1,5 Prozent auf rund 1,5 Mrd. Euro gesteigert werden.

Verantwortlich:

Daniel Fischer
Wirtschaftspolitischer Referent
Stabsabteilung
Genossenschaftsverband Bayern e.V.
Türkenstraße 22-24, 80333 München
Briefadresse: 80327 München

Telefon: (089) 28 68 – 31 77
Telefax: (089) 28 68 – 31 75
E-Mail: dfischer@gv-bayern.de
Internet: www.gv-bayern.de